

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1932**

548 (23.11.1932) Morgenausgabe

Bezugspreis: Frei Haus monatlich 2,00 M im voraus, im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 2,20 M. Durch die Post bezogen (einmal täglich) monatlich 2,10 M. Ausländische Postgebühren extra. Einzelpreise: Wochentagsnummer 10 Pf., Sonntags-Nummer und Feiertagsnummer 15 Pf. — Im Fall höherer Gewalt, Streik, Auslieferung usw. hat der Besteller keine Ansprüche bei oder über die Verantwortlichen der Zeitung. — Abbestellenden können nur jeweils bis zum 25. d. Mts auf den Monats-Vertrag angenommen werden. Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Zeile 0,40 M. Stellen, Gesuche, Familien- und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden ermäßigter Preis. — Restame-Zeile 3/4 M., an erster Stelle 2,50 M., bei Wiederholung tarifmäßiger Rabatt, der bei Nichterfüllung des Beides, bei gerichtlicher Vertretung und bei Konkurrenz außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

# Badische Presse

und  
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Mittwoch, den 23. November 1932.

Eigentum und Verlag von  
: : Ferdinand Biergarten : :  
Verantwortlich verantwortlich: Für Politik: A. Kimmig; für badische Nachrichten: Dr. C. Schenck; für Kommunalpolitik: R. Binder; für Lokales und Sport: R. Bolander; für das Revuebüro: R. Böke; für Ober und Konzert: Christ. Herle; für den Handelsteil: Kris. Feld; für die Anzeigen: Ludwig Meindl; alle in Karlsruhe (Baden).  
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metzger.  
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.  
Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karlsruhe Nr. 8559. — Beilagen: Welt und Heimat / Literarische Umschau / Romanblatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung / Reise- u. Bäder-Zeitung / Landwirtschaft. Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

## Heute Hitlers Antwort.

Langanhaltende und stürmische Sitzung im Kaiserhof / Vor einer Wiederkehr der Sarzburger Front?

m. Berlin, 22. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Das Frage- und Antwortspiel zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler ist immer noch nicht zu Ende. Nachdem am Montag Hitler zur Aufstellung seiner Rückfragen im ganzen 10 Stunden gebraucht hat, ist ihm die Antwort des Reichspräsidenten am Dienstag mittig überreicht worden. Man hatte nun mit der endgültigen Entscheidung Hitlers mindestens für den Dienstag nachmittag gerechnet. In den Abendstunden aber hieß es dann, daß Hitler sich erst am Mittwoch vormittag schlüssig werden würde. Vielleicht, weil noch neue mündliche Rückfragen beim Büro des Reichspräsidenten möglich sind, vielleicht auch, weil Hitler die Erfolgsaussichten am Dienstag abend noch durch Fühlungsnahme seiner Vertrauensmänner mit den übrigen Parteien näher klären möchte.

Die grundsätzliche Frage, um die es dabei geht, ist der Gegensatz zwischen Mehrheitsregierung und Präsidialregierung, wobei allerdings gesagt werden muß, daß dieser Gegensatz mehr schlagwortartig als wirklich sachlich begründet ist. Hitler hatte schon am Samstag dem Reichspräsidenten gegenüber betont, daß eine von ihm geführte Regierung sich im Reichstag durchsetzen würde, auch wenn er die Mehrheit nicht in der Tasche hat. Er glaubte damit rechnen zu können, daß das Zentrum und die Bayern sich mit ihm verständigen würden während er die Deutschnationalen einfach vor die Frage stellen wollte, ob sie mit den Kommunisten zusammen gegen ihn stimmen oder ihm einen ordnungsmäßigen Stimm im Reichstag ermöglichen würden. Der Reichspräsident hat sich aber mit dieser Konstruktion nicht bequemt. Sie ist ihm wohl nicht sicher genug gewesen und die Berechnungen, die am Sonntag dann Hitlers Unterhändler mit dem Zentrum hatten, sollten dem Zweck dienen, dem Reichspräsidenten den Nachweis zu erbringen, daß eine Einigung mit dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei sehr leicht sei. Eine Verbindung mit den Deutschnationalen kam aber nicht zustande. Daraufhin erfolgte dann das Angebot eines Auftrags, der eine sichere Mehrheit und ein klares Arbeitsprogramm zur Voraussetzung hat.

In diesen beiden Bedingungen lassen sich eigentlich die Aufgaben der Hindenburg dem nationalsozialistischen Führer mit auf den Weg geben wird, zusammenfassen und sie sind doch auch eine Selbstverständlichkeit.

Eine parlamentarische Mehrheitsregierung ist in einer Demokratie an sich die natürliche Lösung.

Die Präsidialregierung mit ihrer ins Ungemessene gesteigerten Verantwortung ist dem Präsidenten nur aufgezwungen worden aus dem Verlangen des Reichstags heraus. Wenn er also den Wunsch hat, zu formalen Zuständen zurückzukehren, dann wird er sich gleichzeitig gegen eine Diktatur der Parteien wehren wollen, wie sie früher bei uns üblich war, daß nämlich die Ministerlisten von den Parteiführern festgesetzt und dem Reichspräsidenten lediglich zur Unterschrift vorgelegt wurden.

Herr von Hindenburg verlangt also, daß sein Recht auf Ernennung der Minister gewahrt bleibe. Er verlangt aber gleichzeitig, daß der Reichstag nicht der Spielball der Parteien wird, sondern die Linie der deutschen Politik selbst bestimmt.

Das ist in seinem Arbeitsprogramm also von den Parteien schon bindende Zusagen geben läßt, um nicht jeweils von der schwankenden Stimmung der Fraktionen abhängig zu sein. Das diesem Arbeitsprogramm bestimmte Grenzen gezogen sind, einmal bei Experimenten irgendwelcher Art, zum anderen aber auch um die Kontinuität der inneren Politik zu wahren, konnte eigentlich nirgendwo Anstoß erregen, denn Herr von Hindenburg ist durch die Notverordnung aus seiner Reserve herausgetreten. Er hat sich persönlich hart eingeleistet. So ist es erklärlich wenn er sich jetzt dagegen schlagen will, daß ein parlamentarisches Kabinett ihn eventuell durch die Behandlung der Notverordnungen desavouiert. Er kann gar nicht anders, als von jedem neuen Kabinett durch grundsätzliche Zusagen seine Verlangen.

Das auch der Reichstag durch Zustimmung zu den Notverordnungen dem Reichspräsidenten Indemnität erteilt.

Reicht also Preußen, Nationalsozialisten und Zentrum zu machen beide geltend, daß ein parlamentarisches Mehrheitskabinett irgend welche Zusagen wegen der Beilegung des Dualismus zwischen Reich und Preußen nicht geben kann. Auch das ist irrig. Wir haben es bisher regelmäßig erlebt, daß das Zentrum im Reich keinen Eingriff in die selbständigen Rechte der Zentrumspartei des Landtags wagte. Hitler aber, der in seiner Partei das Führerprinzip verkörpert, hat es durchaus in der Hand, wenn er mit dem Zentrum eine Mehrheit im Reichstag bildet, gleichzeitig auch das preußische Problem in Ordnung zu bringen und eine Gleichhaltung sicher zu stellen, in welcher Form, ob etwa dadurch, daß der preußische Ministerpräsident Weizsäcker wird, oder auf anderem Wege ist eine Frage mehr untergeordneter Natur.

Bei unbefangener Prüfung kann man also nicht sagen, daß die Vorbehalte des Reichspräsidenten etwa ein „undurchsichtiges Gemisch von Forderungen darstellen, die sich teils auf eine parlamentarische Regierung beziehen, teils aber nur mit Hilfe eines Präsidialkabinetts durchgeführt werden könnte“. Man wird anerkennen, daß Hindenburg dem Führer der Nationalsozialisten alle Chancen gibt, die er ihm überhaupt, ohne mit der Vergangenheit in Widerspruch zu geraten, gewähren kann.

Der Brief Hitlers auf die Antwort des Reichspräsidenten soll veröffentlicht werden, wenn Hitler den Auftrag entweder durchgeführt oder zurückgenommen hat.

Zu welchem Entschluß er kommt, ist wohl immer noch ungewiß. Man spricht davon, daß am Dienstag nachmittag im Hotel Kaiserhof eine sehr stürmische Führerversammlung stattgefunden hat, aus deren Ergebnis schließlich eine Kommission eingesetzt wurde, zur Ausarbeitung einer Denkschrift. Die Aufgabe dieser Denkschrift würde es sein, an Hand der Bedingungen des Reichspräsidenten Punkt für Punkt nachzuweisen, daß unter diesen Voraussetzungen die Bildung einer Mehrheitsregierung nicht möglich ist, während gleichzeitig positive Vorschläge gemacht werden, vielleicht sogar in der Richtung einer Präsidialregierung.

Die endgültige Formulierung dieser Denkschrift aber wird wahrscheinlich erst in den Mitternachtsstunden erfolgen.

Aber damit käme man wieder auf das Gebiet der Kombination, welche Möglichkeiten sich eröffnen, wenn etwa Hitler endgültig scheitert. Darüber braucht man sich aber im Augenblick den Kopf nicht zu zerbrechen. Denn zur Zeit haben neue Bemühungen eingesetzt, an denen maßgebend auch der Herzog von Koburg beteiligt ist, um den Riß in der Sarzburger Front wieder zu überbrücken. Das könnte sogar noch für den Auftrag Hitlers von Einfluß sein, könnte aber sonst auch von Bedeutung werden für die prinzipielle Orientierung eines Präsidialkabinetts, das ja als letzter Ausweg übrig bliebe, wenn auch andere Versuche zur Bildung einer Mehrheitsregierung sich totgelaufen haben sollten.

### Prälat Leicht wieder Vorsitzender der Fraktion der BVP.

Berlin, 22. Nov. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei trat am Dienstag im Reichstag zu ihrer ersten Sitzung nach den Neuwahlen zusammen. Die Fraktion konstituierte sich zunächst. Fraktionsvorsitzender wurde wieder Prälat Dr. Leicht, stellvertretender Vorsitzender Abg. Dr. Pfeiffer. Dr. Leicht gab dann einen Überblick über die derzeitige politische Lage, der ergänzt wurde durch Ausführungen des Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Dr. Schäfer.

## Parlamentseröffnung in London.

Enttäuschung über die Thronrede des Königs / Keine wesentlichen Ausführungen des Premierministers.

S. London, 22. Nov. (Eig. Drahtbericht der Badischen Presse.) Die neue Session des britischen Parlaments ist heute mittig in der traditionellen feierlichen Weise eröffnet worden. Punkt 11.20 Uhr öffnete sich das Tor des Buckingham-Palastes, und der große Aufzug der Majestäten nach Westminster begann. Zehntausende umfüllten den Anmarschweg durch den St. James-Park und Whitehall. Kurz vor der Mittagsstunde erreichte der König das Haus der Lords, wo er von den Staatswürdenträgern empfangen wurde. Bei seinem Eintritt in das Oberhaus erstrahlte der bis dahin halb dunkle Raum plötzlich in blendendem Lichte. Dann geleitete der König die Königin zum Thronstuhl und begann mit der Verlesung seiner Rede, die die Grundzüge des Regierungsprogramms für das neue Parlamentsjahr darstellte.

Der König erklärte in der Thronrede, daß die Beziehungen zu den ausländischen Mächten sich auch weiterhin freundschaftlich gestaltet hätten. Er kam dann auf die Weltwirtschaftskonferenz zu sprechen, die sobald wie möglich im nächsten Jahre in London stattfinden solle. Er hoffte, daß auf der Konferenz Maßnahmen zur Beseitigung der Ursachen für die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten erzielt würden. Die Abrüstungskonferenz verleihe die Hoffnungen und die Bemühungen der Menschheit, das größte Maß einer allgemeinen Abrüstung zu erreichen, die erzielt werden könnte. Die britische Regierung werde in voller Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedern der Konferenz fortfahren, für ein internationales Übereinkommen zu arbeiten, das eine Grundlage für einen dauernden Frieden sein werde. Der König sprach dann die Hoffnung aus einen Erfolg der englisch-indischen Konferenz aus und ging weiter kurz auf die innerpolitischen Angelegenheiten ein. Er mahnte zu weiteren Ersparnissen im Staat und in Gemeinden. Die Regierung werde alles tun, um die Wiederbelebung des Handels zu fördern und Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft zu treffen, die dringend notwendig seien.

Die Thronrede hat stark enttäuscht. Sie beschränkte sich darauf, die Hauptprobleme des Landes anzudeuten und einige Hoffnungen Ausdruck zu geben. Wie den Sorgen begegnet, wie die Hoffnungen verwirklicht werden sollen, ist mit keinem Worte gesagt, und auch Macdonalds anspielende Rede im Unterhaus war sachlich äußerst mager. Es hat besonderen Eindruck gemacht, daß die Thronrede die gegenwärtig im Mittelpunkt des Interesses stehende Kriegsschuldfrage mit keinem Worte erwähnte. Die neue schwere Depression des Sterlingkurses auf dem Geldmarkt spiegelt die englische Unsicherheit und man fragt sich allgemein, was aus dem Budget werden soll, wenn das Schakamt am 15. Dezember 95 Millionen Dollar nach Amerika abführen möchte. Hauptächlich aus diesem Grunde vernimmt man im neuen Regierungsprogramm die Ankündigung einer Revision des laufenden Budgets.

Zu der in der Thronrede ausgedrückten Hoffnung auf den Erfolg der Abrüstungskonferenz machte Macdonald lediglich die Bemerkung, daß er der öffentlichen Erklärung Sir John Simons nichts hinzufügen habe und diesem heute nachmittag nach Genf ein Telegramm geschickt habe, das ihn des vollen Vertrauens der Regierung versichert.

Daraus ist zu entnehmen, daß erstens die Meinungsverschiedenheiten zwischen Macdonald und Simon endgültig ausgeräumt sind, und daß zweitens die britische Delegation in Genf in der Vertretung ihres Standpunkts gegenüber Frankreich bestärkt werden soll.

In der Frage der Weltwirtschaftskonferenz, die Macdonald in den letzten Tagen schwere Vorwürfe wegen seines leichtfertigen Optimismus eingetragen hat, gab der Premierminister offen

### Die Arbeitsmarktlage im Reich.

Zunahme um 156 000.

Berlin, 22. Nov. Amtlich wird mitgeteilt: Der Eintritt winterlichen Wetters führte wie regelmäßig um diese Jahreszeit in der ersten Hälfte des November zu einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Am 15. November waren bei den Arbeitsämtern 5 265 000 Arbeitslose gemeldet. Die jahreszeitliche Verschlechterung, die bisher im Gegensatz zu den Vorjahren noch aufgehoben werden konnte, ist, wie zu erwarten war, jetzt zum Durchbruch gekommen. Wenn die Zahl der Arbeitslosen in der ersten Hälfte November des Jahres 1931 um 220 000 und noch ein Jahr früher um 230 000 gestiegen war, so kamen darin u. a. auch die starken Tendenzen konjunkturellen Rückgangs vor einem Jahr und der hohe Anteil an Arbeitslosmeldungen aus den Saisonaußenberufen vor zwei Jahren zum Ausdruck. Die diesjährige Steigerung um 156 000 läßt den Schluß zu, daß im wesentlichen jahreszeitliche Ursachen wirksam gewesen sind.

In der Arbeitslosenversicherung konnte sich der Zugang an Arbeitslosen erst im geringen Umfange bemerkbar machen, da ein Teil von ihnen vor Beginn des Unterstützungsbezuges noch eine Wartezeit durchmachen muß. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger war daher mit 592 000 nur um 10 000 höher als Anfang ds. Mts. In der Krisenfürsorge ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger noch um 13 000 auf 1 126 000 zurückgegangen. Dieser Rückgang beruht nicht zuletzt auf Aussteuerungen, die jedoch durch Beschluß der Reichsregierung vom 28. Nov. ab für den Rest des Winters ausgeschlossen sind. Ueber die Zahl der freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigten Arbeitsdienstwilligen, die in der Gesamtzahl der Arbeitslosen enthalten sind, wird Mitte des Monats keine zahlenmäßige Feststellung getroffen; doch dürfte der Ende Oktober erreichte Stand von 1/4 Millionen nicht unterschritten worden sein. In Kostendarstellungen waren Mitte November wie bisher annähernd 90 000 Arbeitslose beschäftigt.

zu, daß einige Hindernisse aufgetreten seien. Entsprechend dem Wortlaut der Thronrede versprach Macdonald, daß die britische Regierung auf einen möglichst baldigen Zusammentritt der Konferenz drängen werde.

Mit einigen scharfen Worten wehrte sich der Regierungschef dann gegen die ungeduldigen Verjude, das Kabinett zu vorrühnen Entscheidungen in den brennenden Wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen zu drängen. Ob das Land diesen mutigen Widerstand im Negativen als Erlaß für den Mangel an praktischen Gedanken und Vorschlägen hinnehmen wird, ist zu bezweifeln. Die einzige Änderung über sachliche Pläne haben der König und der Premierminister in der Agrarfrage gemacht: Die Thronrede kündigt neue Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft an. Macdonald entwickelt den Gedanken eines Siedlungsprogramms, der unbenuzte oder schlecht benutzte Boden mittle allmählich absorbiert werden, mit dem Ziele, einen viel größeren Teil des Volkes in direkte Fühlung mit dem Lande zu bringen. Das sei in der Zeit der Entwicklung des englischen Fabrikwesens verfaßt worden.

Wenn man weiß, daß diese Agrarprobleme unter dem starken Druck der konservativen landwirtschaftlichen Gruppe entstanden sind und wenn man die großen Hindernisse einer Zurückzum Land-Bewegung aus deutscher Anschauung kennt, dann wird man den jungen Optimismus, den auch die liberale und Arbeiteropposition dem Siedlungsgedanken entgegenbringt, mit einiger Skepsis aufnehmen.

Die Oppositionsredner stellten das Verlangen der Regierung in der Frage der Arbeitslosigkeit in den Vordergrund der Kritik. Die Debatte wird morgen im Unterhaus fortgesetzt.

Die Hauptaufmerksamkeit galt heute der Gestalt des Premierministers. Das führende Oppositionsblatt, der „Daily Herald“, malt bereits den Rücktritt Macdonalds und den Anbruch einer reinen Tory-Verwaltung an die Wand. Sollte es wirklich dazu kommen, dann wären voraussichtlich auch die Tage Baldwin's geahnt, der den Vorzug in der konservativen Partei dann sicher niederlegen würde. So viel ist jedenfalls sicher, daß Macdonalds Gesundheitszustand mindestens ein vorübergehendes Aussehen erfordert. Möglicherweise wird sich der Premier dem Rat seiner Ärzte beugen und bis nach Neujahr in Urlaub gehen. Bis jetzt sträubt er sich gegen diesen Gedanken hauptsächlich deshalb, weil er befürchtet, daß eine so lange Anwesenheit von den Hochtönen benutzt werden könnte, um einen Regimewechsel in der Regierungspräsidialtschaft anzubahnen. Der Favorit für Macdonalds Nachfolger ist Schatzkanzler Neville Chamberlain.

### Runciman für Freiheit des Handels.

London, 22. Nov. Der englische Handelsminister Runciman warnte in Newcastleton-Tyne vor den Gefahren der Zoll- und Handelsbeschränkungen, die im Grenzfall zu den Äußerungen der englischen Nationalregierung stehen. Der internationale Handel, so führte Runciman u. a. aus, ist nicht nur durch die Devisenkontrolle im Ausland, sondern auch durch die Zollschranken, Kontingentierungen und andere Maßnahmen behindert. Alles versuche, eine steigende Flut zurückzuhalten, die möglicherweise alle diese Hindernisse über den Haufen werden würde, was eine finanzielle Katastrophe bedeuten würde. Sobald wir in die Welt der hohen Zölle eintreten, setzen wir gerade der Freiheit des internationalen Austausches ein Ende, der die Grundlage für die englische Industrie und den englischen Handel ist. Runciman sprach sich dann weiter über die Schwierigkeiten der Devisenbeschränkungen und Währungskontrolle in den ausländischen Staaten aus. Er sehe nur eine Möglichkeit, die internationalen Finanzschwierigkeiten zu beheben und das sei die Rückkehr zu einem natürlichen Zustand.

### Rundfunkkommissar Scholz abberufen.

m. Berlin, 22. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Reichskommissar für den Rundfunk, Ministerialrat Scholz, hat seinen Posten verlassen. Aus der amtlichen Meldung, die über seine Rückkehr in das Reichsinnenministerium ausgegeben worden ist, geht nicht hervor, ob er freiwillig auf seine Stellung verzichtet hat, oder ob er vom Reichsinnenminister Gahl abberufen worden ist. Wir möchten fast annehmen, daß man es für richtiger gehalten hat, ihn unmittelbar nach dem Abschluß des Umbaus des Rundfunks aus seiner neuen Stellung herauszunehmen. Ihm war die Umorganisation anvertraut worden. Statt dessen hat er sich so ziemlich ohne jede Vorbereitung an seine Aufgabe herangemacht und zunächst ein heilloses Durcheinander hervorgerufen, das sich am deutlichsten auf dem Gebiete des Personals zeigte. Verträge wurden kurzerhand gelöst. Dabei wurde aber gänzlich übersehen, daß die einzelnen Angestellten trotzdem auf lange Zeit hinaus Anspruch auf sehr erhebliche Gehälter hatten, so daß von dieser Seite her erste finanzielle Belastungen in die Erscheinung traten und zum Teil sogar die Rückstellungen wieder rückgängig gemacht werden mußten.

Der Umbau selbst hat ebenfalls nicht geklappt. Aus der Zentralisierung ist nichts geworden. Die Länder haben eine ganze Reihe von Rechten für sich in Anspruch genommen und auch durchgedrückt. Es ist eigentlich alles beim Alten geblieben, nur die Darbietungen haben sich noch mehr verschlechtert, so daß die Klagen überhaupt nicht mehr abreißen. Schon vor einigen Wochen wurde ernsthaft von dem bevorstehenden Rücktritt des Ministerialrats Scholz gesprochen. Es läßt sich nicht mehr bestreiten, daß Scholz angesichts der verfahrenen Situation dem Reichsinnenminister seinen Rücktritt angeboten hat. Herr von Gahl hat aber aus Prestige Gründen einen Wechsel im Rundfunkkommissariat nicht vorgenommen. Er hat die Auswechslung Scholz gegen den bisherigen Rundfunkreferenten im Reichsinnenministerium Oberregierungsrat Dr. Conrad doch unverzüglich nach Abschluß der Neuordnung des Rundfunks vorgenommen. Conrad ist jedoch nur vorläufig mit den Rundfunkgeschäften betraut worden.

Der Reichsinnenminister hat sich von Herrn Scholz wohl auch in der Hauptsache deswegen getrennt, weil Scholz dauernd zwischen den verschiedenen politischen Lagern hin- und hergeschwankt. Als die Deutschnationalen in der Regierung saßen, war er einer ihrer Vertrauensmänner. Später als die Nationalsozialisten an Macht gewannen, wechselte er zu ihnen hinüber mit dem Ergebnis, daß er sich dadurch bei dem Reichsinnenminister von Gahl so ziemlich jede Sympathie verschaffte. Er versuchte dann den Schaden durch einen schmerzlichen Austritt aus der nationalsozialistischen Partei wieder gutzumachen.

### Warmbold zieht sich zurück.

m. Berlin, 22. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Wirtschaftsminister des Kabinetts Papen, Professor Warmbold, scheint endgültig mit dem Rückzug aus dem politischen Leben zu rechnen. So weit wir wissen, ist ihm von der philosophischen Fakultät der Universität Halle eine Professur der Landwirtschaftlichen Abteilung angeboten worden, die er, da dieses Angebot mit seinem Endergebnis erfolgt ist, wahrscheinlich annehmen wird. Das würde natürlich sein Ausscheiden aus dem politischen Leben und die Rückkehr zu seiner ursprünglichen wirtschaftlichen Laufbahn bedeuten. Er war bis 1919 Professor an der landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim, kam dann als Ministerialdirektor ins preussische Landwirtschaftsministerium, wo er unter Stegerwald Minister wurde und ging dann zu den J. G. Farben, von wo aus er zweimal als Wirtschaftsminister ins Reichskabinett geholt wurde. Eine Neuabstimmung des Wirtschaftsministeriums wird also jetzt unter allen Umständen nötig.

### Vorsicht geboten!

m. Berlin, 22. Nov. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Ueber eine Zusammenkunft zwischen dem österreichischen Bundeskanzler und dem bayerischen Ministerpräsidenten in Salzburg zerbricht man sich nun auch in Deutschland die Köpfe. Es ist viel herumgerüchelt worden, was der eigentliche Gegenstand dieser Unterhaltung gewesen sei und die Wünsche, die darüber aus Wien, wie aus München kommen, sind nicht sonderlich aufschlußreich gewesen. Der französische Sender von Straßburg aber, der seine Nachrichten zum Teil in deutscher Sprache gibt um damit propagandistische Wirkungen in Deutschland auszulösen, hat des Rätsels Lösung gefunden. Er hat am Montagabend kurz und schmunzlos mitgeteilt, daß die Salzburger

### Der Wahrheitsjucher.

Zum 300. Geburtstag Spinozas am 24. November.

Von Hans Sturm.

An einem stillen Spätherbsttage des Jahres 1656 zog ein bagerer, dunkelhaariger junger Mann in das an der vom Amsterdamer nach Leiden führenden Straße gelegene holländische Dorfsein Rijnsburg ein; seine Habseligkeiten führte er in einem wadeligen Wägelchen mit: ein Bett mit Vorhang, Schließgeräde, Bücher und Notizenblätter und obenauf ein kleines, ärmliches Kleiderbündel. Die weißgeheuert Holzschuhe der Neugierigen klapperten hinter ihm her über das holperige Kopfsteinpflaster bis in die „lange Baart“, wo der Fremde ein kleines, ein wenig abseits stehendes Häuslein bezog.

Er nennt sich Benedikt Spinoza. Aber der Dorfplatz weiß es bald besser, daß er eigentlich Baruch DeSpinoza heißt, aus einer portugiesischen Judenfamilie statt, erst vor kurzem von der Synagoge ausgeschlossen und durch den Bannfluch für immer von seinem Volke getrennt wurde und auch bei dem Amsterdamer Magistrat in merkwürdiger Erinnerung steht; die Prediger der Reformierten halten ihn sogar für einen Gottlosen. Der Gemeindevorsteher hat nach einigen Tagen bereits erfahren, daß der Fremde am 24. November des Jahres 1632 in Amsterdame geboren wurde, in einer Rabbinerschule den Talmud mit seinen Kommentaren studierte, sich dann den Geheimschriften der Kabbala zuwandte und sich schließlich eingehend mit der damaligen Naturwissenschaft und Philosophie und mit der christlichen Spätscholastik beschäftigte, im übrigen jedoch ein einfacher Glaschleifer sei. Auffallend allerdings war, daß Rijnsburger Kollegianten ihn einen Philosophen und sich seine Freunde nannten und daß Leidener Studenten ihn oft besuchten und ihn wie einen Lehrer ehrten. Nach und nach hält man in Rijnsburg den Zugewanderten für einen harmlosen Eigensünder und läßt ihm seine Ruhe.

Tagsüber sitzt er vor dem hölzernen Schleifstein und stellt optische Gläser her, die ihm seinen geringen Lebensunterhalt verschaffen, aber lange Abende und nicht selten halbe Nächte hockt er mit seinen Freunden in dem engen Studierbüchsen um die flackernde Öllampe, sieht den Rauchwölkchen seiner Pfeife nach und lauscht den begeisterten Worten der anderen, die über Bacon's Essays gegen die Scholastik disputieren oder die eben herausgegebenen Briefe von Descartes mit den früheren Schriften der Schule der Cartesianer vergleichen. Mit seinen eigenen Ansichten hält er zurück, aber wenn er antwortet, merken die Freunde, daß er viel gelesen und in sich gearbeitet haben muß, auch weiß er talmudische und arabische Philosophen zu zitieren über Gottes Eigenschaften und Wirken, über die Ewigkeit alles Irdischen und die an Gottes Allmacht und Unveränderlichkeit gebundene Notwendigkeit alles Geschehens. Wenn er über die Einheit der ganzen Natur und ihre Identität mit Gott

Besprechungen der Prüfung der Frage gegolten haben, ob und unter welchen Umständen die Gründung eines selbständigen Österreich-bayerischen Staates unter bayerischer Führung möglich sei. Wir nehmen diese französische Unfreundlichkeit nicht allzu tragisch. Aber schließlich wird sie doch Herrn Feld zeigen, wie vorzüglich heutzutage der Ministerpräsident eines deutschen Landes bei seinen Zusammenkünften mit auswärtigen Kollegen sein muß.

### Das Konkordat im Haushaltsauschuß.

Karlsruhe, 22. Nov. Der Haushaltsauschuß des Landtags setzte am Dienstag die Beratungen des Konkordats mit dem hl. Stuhl fort. Nach Erledigung einiger Vorfragen trat man in die Generaldebatte ein. Der demokratische Vertreter verneinte die Notwendigkeit einer neuen vertraglichen Regelung der Materie. Kultusminister Dr. Baumgartner zeigte die Notwendigkeit eines Konkordats, angesichts der mannigfachen Veränderungen im Laufe eines ganzen Jahrhunderts auf. Staatspräsident Dr. Schmitt machte die Mitteilung, daß seinerzeit wegen der Abtrennung der beiden Bistümer Fulda und Limburg von der Oberrheinischen Kirchenprovinz mit dem Staat verhandelt und der Regierung die Zustimmung gegeben wurde, daß gerade der damalige Kultusminister Dr. Lehms die Auffassung vertreten habe, daß der Landtag in dieser Sache nicht mitzusprechen habe. Ein sozialdemokratischer Redner fand besondere

Bedenken in den dauernden Verpflichtungen, vor allem im Kultusetat sowie in der Regelung des Religionsunterrichts, wodurch der Staat ein Hoheitsrecht preisgibt.

Die Beratung am Nachmittag trug einen wesentlich lebhafteren Charakter. Zur Behandlung stand der Artikel 11, der den Religionsunterricht an den badiischen Schulen sichert. Den Sozialdemokraten wäre es lieber gewesen, wenn die Bemerkung über den Religionsunterricht aus dem Konkordat gelassen worden wäre. Der demokratische Redner meinte, dadurch, daß in dem Artikel 11 der Religionsunterricht aus dem allgemeinen Schulunterricht herausgenommen und allein genannt sei, sei auch der Lehrer als Religionslehrer gleichsam aus dem Schutze der badiischen Schulgesetze herausgenommen und bedroht. Redner des Zentrums und andere Mitglieder des Ausschusses kamen zu der Feststellung, daß es doch nicht gut angängig sei, etwa vom hl. Stuhl zu verlangen, daß er sich für die Simultanschule ausspreche, sondern diese der Schulgegebung des Staates überlasse.

Darauf folgte die Berichterstattung über den Vertrag mit der evangelischen Kirche durch den Abg. Dr. F. B. H. Kultusminister Dr. Baumgartner stellte betriebs der Vorwürfe der Inparität fest, daß die Bestimmung „Im Besonderen“ mit der Kirchenregierung mehr bedeute, als das Zugriffs- und Anordnungsrecht, nämlich, daß der Staat bei Besetzungen von Professuren mit der Kirchenregierung in Verhandlungen trete. Die Abstimmung über die Konkordate erfolgt am Mittwoch.

## Neues aus aller Welt.

### Das Ziel der Verteidigung im Bullerjahn-Prozess.

Leipzig, 22. Nov. Zu Beginn der Dienstag-Sitzung im Bullerjahn-Prozess stellte R. M. Dr. Rosenfeld einen neuen Beweisanspruch, der für den Nachweis, daß Bullerjahn auf jeden Fall als Verräter des Waffenlagers auszuheben, von erheblicher Bedeutung werden kann. Der Antrag besagt u. a.: Die Verteidigung halte es nunmehr für überflüssig, noch weitere Fragen an den Zeugen Contard zu stellen. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß für die Frage der Unschuld Bullerjahns die Aussage Contards durch seine jetzige persönliche Vernehmung völlig unerblich geworden sei. Gleichzeitig erkläre aber die Verteidigung, daß sie sich, wenn die Frage der Glaubwürdigkeit Contards trotzdem weiter behandelt werden solle, nicht mit der Vernehmung der Zeugen Oiden und Schmeißer begnügen könne. Sie müsse vielmehr in diesem Falle darauf bestehen, daß der gesamte Komplex dieser Frage erörtert werde und daß auch die anderen von der Verteidigung für die Unschuld Bullerjahns angeführten Zeugen vernommen würden. Die Verteidigung erklärt weiterhin, es komme ihr in diesem Verfahren nicht darauf an, eine Feststellung in dem Sinne zu erreichen, daß die Schuld Bullerjahns an dem Verrat nicht nachgewiesen werde, es komme ihr vor allem darauf an, die Nichttäterschaft Bullerjahns nachzuweisen.

Es wird deshalb beantragt, als weiteren Zeugen den Chauffeur Karl Gollas (Berlin) zu vernehmen. Dieser Zeuge war vom 5. September 1921 bis 20. Januar 1923 als Chauffeur bei der Interalliierten Militärkontrollkommission.

Nach kurzer Beratung verhandelt der Senat, daß er beschließen habe, den Chauffeur Gollas für Donnerstag als Zeugen zu laden. Wie der Vorsitzende dann bekannt gibt, hat der Zeuge Siegel aus Basel, mit dem Bullerjahn im Zuchthaus zusammengekommen hat, dem Gericht telegraphiert, daß er nicht nach Leipzig kommen könne; es sei ein Brief unterwegs, in dem er die Gründe mitteile.

### Selbstmord des Rechtsanwalts Max Meh.

Luxemburg, 22. Nov. Der Sekretär des luxemburgischen Automobilclubs, Rechtsanwalt Max Meh, der wegen Unterschlagungen von 1 200 000 luxemburgischen Franken (rund 200 000 Reichsmark) geflüchtet war, hat sich am Dienstag vormittag in Vitburg (Eifel) in dem Augenblick erschossen, als er von deutschen und luxemburgischen Kriminalbeamten verhaftet werden sollte.

### Einbruchdiebstahl durch Fachleute.

Halle, 22. Nov. In der Nacht zum Dienstag ist in Jüchtersleben in das Juweliergeschäft Josef Hartung ein großer Einbruchdiebstahl verübt worden. Die Täter sind

von der Augusta-Promenade durch einen Garten über zwei Dächer in den Hof des Grundstückes eingedrungen und haben nach Zerschneiden eines Fensters das Geschäft betreten. Gestohlen wurde eine große Anzahl Ringe, Uhren, Ketten, Nadeln und Manikettenschnöpfe im Werte von 10 000 Mark. Die Täter — es muß sich um Fachleute handeln — haben nur die wirklich echten und teuren Gegenstände herausgeholt. Sie gehören wahrscheinlich einer „reisenden Einbrecherbande“ an.

### Ein Pferd auf dem Verdeck eines Kraftwagens.

Newport, 22. Nov. Wie aus Cromwell (Connecticut) gemeldet wird, rannte ein Pferd, das durch vorüberfahrende Kraftwagen scheu geworden war, über eine Wiese, setzte über den Zaun und landete in schiefer Stellung auf dem Verdeck eines Kraftwagens, der sich in voller Fahrt auf etwas tiefer liegender Landstraße befand. Während das Verdeck beschädigt wurde, blieb der Kraftwagenführer unversehrt.

### Austritt der Nahrungsmittelfilialbetriebe aus dem Einzelhandel.

II. Berlin, 22. Nov. Der Reichsverband deutscher Nahrungsmittelfilialbetriebe E. B. Berlin hat seinen sofortigen Austritt aus der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels erklärt. Der Beschluß wird damit begründet, daß die Mitgliedererversammlung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels den Gedanken einer Warenhaus- und Filialsteuer gebilligt und damit die sachgemäße Verwirklichung der ausschließlichen Vertretung der Gemeinschaftsinteressen des deutschen Einzelhandels verlehrt und eine gezielte und vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der Hauptgemeinschaft unmöglich gemacht habe.

### Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inseratenteil.)

Mittwoch, den 23. November.

Landestheater: „Eine Nacht in Venedig“, 19.45—22.15 Uhr. Gollas: „Gottlieb Sams-Weißweiser“, „Denk an Eulalia“, 20 Uhr. Eintracht: 1. Symphonie-Konzert des Philharmon. Orchesters, 20 Uhr. Reichs-Vollspiele: Der schwarze Schar; Beiprogramm. Schauburg: Selsas Hall und Affiche. Kammer-Vollspiele: Berlin-Alexanderplatz. Union-Theater: Ein heimlicher Mann. West-Vormerker: Tanz. Kaffee-Kabarett Holland: Nachm. und abends Vat und Pataton und das übrige Programm. Kaffee-Museum: Gesellschaftstanz. Wiener Hof: Tanz.

spricht, erinnert sich der eine oder andere seiner Zuhörer an den deutschen Kardinal Nikolaus von Kues oder auch an dessen größten Schüler Giordano Bruno, der im Februar 1600 seiner Lehren wegen als Ketzer in Rom verbrannt wurde. Immer wieder weist er auf die Einheit des Unendlichen in Gott hin, betont immer wieder: Gott und Welt, Ausdehnung und Denken sind eins; die unendliche Bewegung und das unendliche Denken nennt er in seiner manchmal etwas eigenartigen Ausdrucksweise die Söhne Gottes, die Seelen sind ihm die Ideen des Körpers; er liebt die alten arabischen Denker und nennt die neueren fast nie außer Descartes, wenn er nämlich über das Problem des All-Eins redet. Dann führt er gern den heiligen Paulus an: „In Gott leben wir, bewegen wir uns und sind wir.“ Und ist überzeugt, daß er nicht nur dem tiefen Gehalt der alten orientalischen Weisheit, sondern auch dem tieferen Sinn des Apostels nahe ist. — Wenn die Freunde gegangen sind, kann er noch Stundenlang dem feindlichen Spiegle zweier Spinnen, die er aufeinander losließ, zusehen.

Der Fremdenstolz wächst, seine Schrift über Descartes entfacht lange Debatten bei den Gelehrten. Eine ehrenvolle Berufung auf ein Katheder nach Heidelberg lehnt Spinoza ab, um nicht die volle Freiheit des Gedankens einzubüßen. Unermüdbar sucht er, aber doch nur nach Einzelheiten und Verbindungsstücken zu seinem „Denkgebäude“, dessen Grundtätigen klar vor seinem Geiste stehen, nicht so klar an der Schwelle des Wortes; das Reden wird ihm oft beschwerlich, und manchmal auch das Schreiben, es bringe ihn, sagt er, immer ein wenig aus der Ruhe, aus dem beschaulichen Nachsinnen. Innere Ruhe, „Seelenfrieden“ ist ihm der höchste Daseinswert, der ihm an drei Bedingungen geknüpft scheint: Gemäßheit des Erkennens, Notwendigkeit alles Geschehens, Freiheit für Gedanke und Wort. Eine Unruhe erwacht immer wieder in ihm, ihretwegen reißt er ab und zu nach Amsterdame, wo er heimlich bei seinem alten Lateinlehrer einen kurzen Besuch macht, denn er liebt dessen schöne und gelehrte Tochter Clara Maria. Die aber zieht einen hochgewachsenen jungen Amsterdamer dem unterlegten und leidenden Gelehrten vor, Spinoza entfacht auch diesem letzten Anspruch auf Lebensfreude, kehrt in seine beschiedene Einsamkeit zurück und vergräbt sich in seine Ideen, um in seinem Gottverhältnis zu immer reiferer Güte zu gelangen. Im äußeren Leben wird er von Tag zu Tag bedürfnisloser. Freunde rechnen aus, daß er kaum zwanzig Pfennige am Tage verbräuge und bringen mit Hilfe wohlhabender Anhänger ein stattliches Geldeinkommen auf; Spinoza aber weiß es ab, er will unabhängig bleiben.

Um dem immer wieder laut werdenden Warnungen und Drohungen zu entgehen, zieht er von Rijnsburg nach Duerwerke, von da nach Voorburg beim Haag und von dort nach dem Haag selbst, wo er bei dem Maler van der Spng in der Verlade, später in der Baailjongsgracht in ensingungsvoller Einsamkeit lebt. Hier veröffentlicht er 1670 seinen „theologisch-politischen Traktat“ anonym, um sich wenigstens vor tätlichen Angriffen zu schützen. Dieses Werk ist gewissermaßen der erste Versuch einer wissenschaftlichen Bibelfritik und klingt aus in einen energischen Protest gegen die willkürlichen Unterdrückungen der Denkfreiheit. Das Ansehen des in Hol-

land Gedächtnis steigt in anderen Ländern zusehends; so bietet Ludwig XIV. dem Philosophen ein hohes Jahresgehalt, wenn er ihm eines seiner Werke widmen würde. Auch dieses Anerbieten weist Spinoza zurück. Kurz vor seinem Tode vollendet er seinen „Pentateuch“, die fünf Bücher enthaltende „Ethik“, und er betont: alles Denken führt zu keinem Ziel, wenn es nicht durch das Handeln, die Materie, verwirklicht wird, und alles Tun bleibt eitel Stückwerk, wenn seine vielfältigen Ausstrahlungen nicht in einer alles umfassenden Idee münden. Von den vielen wesentlichen, fahbaren, bedingten, möglichen und zufälligen Zwecken zu der fahbaren, unbedingten, notwendigen und wesentlichen Wirklichkeit des Alls rastlos vorzudringen, an dem immer vollkommener werdenden, doch wohl nie zu vollendenden Ausbau der menschlichen Gesellschaft zu werken, sind ihm letzte Ziele, sind die Grundgedanken dieses seines bedeutendsten Wertes. Es konnte, wie auch die übrigen Werke, erst nach seinem Tode erscheinen, aber noch im Jahre 1794 wurde der Drucker J. J. Wobsgaß wegen der holländischen Heberhebung der „Gesammelten Werke“ zu mehreren Jahren Arbeitshaus verurteilt.

1677 starb der wegen Heterodoxie Verfehmte an der Schwindsucht. Er und sein Werk blieben noch hundert Jahre im Dunkel. Die damalige Wissenschaft konnte die Scheu vor dem Bann der intoleranten Zeitgenossen Spinozas lange nicht überwinden, erst Lessing entdeckte den großen Denker von neuem; und Schleiermacher stellte das menschliche Vorbild dieses Vielvernanten hin. Spinoza aber, ein Suchender und Liebender zugleich und darum verfehmt und verfolgt, trug mannhaft die Dornenkrone seiner Zeit und trat aus Gemeinde, Schule und der herkömmlichen Wissenschaft hinaus in den verklärten Schrein künftiger Zeiten.

Deutsches Theater im Ausland. In Romal wurde jetzt ein Verein zur Förderung der deutschen Schauspielkunst in Eiland gegründet. Die junge Truppe hat unter dem Titel „Deutsches Theater in Eiland“ jetzt begonnen, deutsche Dramen in deutscher Sprache aufzuführen. — Ferdinand Bruckners Schauspiel „Krankheit der Jugend“ ist in Budapest verboten worden, weil es gegen die Moral und guten Sitten“ verstoßen soll. Zu einer öffentlichen Aufführung ist das Stück nicht gelangt, wohl aber zu einer geistlichen Privat-aufführung. — Der Schwäbische Deutsche Kulturverband in Konstanz hat ein Preisauszählen für deutsche Volksstücke in Südbanien veranstaltet. Die drei besten Arbeiten sollen preisgekrönt werden.

Die Dresdener Frauenkirche, ein Wahrzeichen bürgerlicher Kirchenarchitektur aus dem 18. Jahrhundert, drohte in ihrem Ruwert und vor allem in der monumentalen Steinturmspitze 1924 zu zerfallen. Die Renovierungsarbeiten wurden damals sofort in Angriff genommen. Die mehr man auszubessern versuchte, umso mehr kam man zu der Überzeugung, daß der Sandstein zu mürbe sei, um nur Ausbesserungen heranzubringen. Nun sind nach achtjähriger Renovierungsarbeit die Mauern wieder soweit gefestigt, daß das großartige Architekturwerk erhalten werden kann. Bei der Renovierung wurden auch die Kuppelgemälde des Malers Baptista Grono freigelegt.

160 000 Arbeitslose in Baden.

In der ersten Hälfte des November hat sich das Anwachsen des verfügbaren Kräfteangebots aus den Saisonberufen der Landwirtschaft, der Industrie der Steine und Erden, des Baugewerbes und des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes in verstärktem Maße fortgesetzt.

In Durchführung des zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsprogramms konnte die Zahl der in den Maßnahmen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge beschäftigten Arbeitslosen, sowie die Zahl der im freiwilligen Arbeitsdienst untergebrachten jungen Leute sehr erheblich vermehrt werden.

Der Gesamtbestand an Arbeitslosen betrug am 15. November 288 330 Personen; 117 326 entfielen auf Württemberg und Hohenzollern, und 169 004 auf Baden. Von den Arbeitslosen waren 266 091 als arbeitslos anzusehen, und zwar 108 142 in Württemberg und 157 949 in Baden.

Landesdagung des Evangelischen Bundes.

Der Badische Landesverein des Evangelischen Bundes veranlaßt vom 26.-28. November ds. J. in Mannheim-Ketzlar zu seiner diesjährigen Landesdagung. Ein am 26. November stattfindender Begrüßungsabend im Saal des Evangelischen Gemeindehauses eröffnet die Tagung. Der Haupttag (27. November) beginnt mit einem Festgottesdienst, bei dem Universitätsprofessor Dr. H. Pappeler die Predigt übernommen hat.

Frantzösischer Deserteur.

Kehl, 22. Nov. Montag nachmittag wurde hier im Rheinhafen ein französischer Soldat in Uniform aufgegriffen. Wie die Feststellungen ergaben, handelt es sich um einen Soldaten des 25. Tirailleur-Regiments in Saarburg i. Lothringen, der von seinem Truppenteil desertierte und in der Nacht zum Montag über die Eisenbahnbrücke nach Kehl gelangte, wo er sich zunächst im Hafengebiet versteckte. Die Polizei hat den Ausreißer zunächst in Schutzhaft genommen.

Schwerer Unfall eines Schiffers.

Muenheim (bei Kehl), 22. Nov. Der Schiffer Jakob Moser von hier wollte in Bad das Schiff seines Bruders Peter an seinem Schiff befestigen, um gemeinsam zu Tal zu fahren, da sein Schiff mit einem Motor ausgerüstet war. Beim Uebernehmen des Drahtseils geriet Jakob Moser mit dem Fuß zwischen Draht und Roller, wodurch sich der Fuß unten am Knöchel abgedreht wurde. Die Ärzte hoffen den Fuß trotzdem erhalten zu können.

Im Straßengraben ertrunken.

Söllingen, 22. Nov. Als am Sonntagabend Zollassistent Lütke von einer Interzession in Bühl kommend, mit dem Fahrrad nach Hause fuhr, geriet er kurz vor der Bimbacher Brücke in der Dunkelheit von der Straße. Er stürzte in den z. Jt. mit Wasser gefüllten Straßengraben und ertrank. Da man seine sämtlichen Wertgegenstände wie Schloß, Taschen und Armbanduhr, Geldbeutel, Aktenmappe sowie das Fahrrad bei der Leiche vorfand, scheint ein Verbrechen ausgeschlossen zu sein. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Vor den Güterzug geworfen.

Hohenheim, 22. Nov. Montag mittag warf sich der aus Ostersheim kommende Philipp Hepp in selbstmörderischer Absicht vor die Räder eines Güterzugs, wurde überfahren und getötet. Hepp ist 67 Jahre alt und war in Ostersheim verheiratet.

Die Toten im Lande.

Baden-Dos, 22. Nov. Im Alter von 82 Jahren starb hier Kestler a. D. Karl Baier, eine allseits bekannte und beliebte Persönlichkeit. Zell a. S., 21. Nov. Nach längerem Leiden verstarb heute früh die Alt-Hirshwirtin Witwe Baumgartner. Die Verstorbene fand im Alter von 78 Jahren und war in weitem Umkreis bekannt.

Kolpadingen, 22. Nov. (Todesfall.) Am 19. November verschied im Alter von nahezu 72 Jahren Frau Stephanie Schauble, geb. Denz, Witwe des Alois Schauble, Hirshwirt. Frau Schauble war eine äußerst tüchtige Wirtin. Aber auch ein edler Mensch ist mit ihr abgegangen worden; kein Notleidender hat je vergebens an ihre Mithätigkeit appelliert.

Beitrag Singen a. S. Sterbefälle vom 3. bis 17. November. Friedrich von Blatinen, 49 J., Frau Schleiter, Ennen, Wola Kretschsch, geb. Degelein, 68 J., Emilie Weh, Konstant, 81 J., Hans Konstant, 69 J., Fritz Holzer, Konstant, 61 J., Otto Walter, Konstant, 69 J., Josef Sirt, Konstant, 25 J., Heinrich Woy, Mandelsch, 66 J., Josef Weidner, Mandelsch, 68 J., Franz Seeger, Singen a. S., 66 J., W. Müller, Singen a. S., 49 J., Adolf Freudenberger, Singen a. S., 70 J., Hermann Weidner, Singen a. S., 60 J., Josef Weidner, Mandelsch, 68 J.

Speisberg (bei Etlingen), 22. Nov. (Jagdlid.) Seltener Jagdlid hatten die Pächter der hiesigen Gemeindejagd. Bei einer Treibjagd auf Wildschweine gelang es zwar nicht, eines der Borkentiere zu erlegen, dagegen wurde ein Rudel von neun Hirschen aufgetrieben, von welchen zwei zur Strecke gebracht werden konnten. Man nimmt an, daß die Hirsche vom hinteren Albart oder vom Obelgebiet herher vertrieben wurden, da sich Hirsche in dieser Gegend sonst nicht aufhalten.

Neudorf, 21. Nov. (Messerstecherei.) Anschließend an ein Fußballspiel in Büschel geriet ein hiesiger verheirateter Schlosser in hart angetranenem Zustand in Streit, wobei er das Messer zog. Er versetzte seinen Gegner derart, daß dieser ärztliche Hilfe brauchte. Der Täter wurde verhaftet.

Kappelrodt (bei Bühl), 22. Nov. (Verfahren eingestellt.) Der Bürgermeister W. A. wurde vor einigen Tagen mangels Beweises wieder aus der Haft entlassen und das Verfahren gegen ihn eingestellt.

Kehl, 22. Nov. (Aus der Haft entlassen.) Zu der vor etwa vierzehn Tagen erschienenen Meldung, daß zwei Kehler in Straßburg wegen Kollisionshandels verhaftet wurden, erfahren wir nun, wiefen haben die beiden erhobenen Vorwürfe sich als haltlos erwiesen. Demgemäß sind sie (es handelt sich betanntlich um die Herren Alfred Woy und Willi Kiefer) aus der Haft entlassen worden.

Kenzingen, 22. Nov. (Berleger-Jubiläum.) Buchdruckermeister Hugo Bühler kann am Mittwoch auf ein 30jähriges Jubiläum als Berleger des „Kenzinger Wochenblatt“ zurückblicken.

Der Kirchenvertrag vor der Synode.

Die Stellungnahme der Fraktionen / Mit 39 gegen 21 Stimmen angenommen.

22. November.

Während der Haushaltsausführung des Bad. Landtags sich mit den beiden Konfessionsparteien, trat im großen Konvent des Ständesausschusses die Synode der Evang. Landeskirche zusammen, um den von der Kirchenregierung vorgelegten Vertrag mit dem bad. Staat zu beraten.

Die Synode wird geleitet von Präsident Ministerialrat U. hauer. Nachdem Kirchenrat Kammerer das übliche Eingangsgebet gesprochen hatte, verlas der Präsident einige Anträge, darunter einen von kirchlich-liberaler Seite (Bauer u. Gen.) eingebrachten Antrag, nach dem ein stärkerer Einfluß auf die evang. theologische Fakultät nicht vereinbar sei mit der theologischen Wissenschaft und dem Wesen und der Geschichte der evang. Landeskirche.

Ein zweiter liberaler Antrag verlangt — weil die Simultanschule nicht festgelegt ist —, daß die Synode feststellt, daß „an dieser bewährten Schulform“ auch in Zukunft festgehalten werden soll. Ein ähnlicher Antrag liegt auch von Seiten der Religiösen Sozialisten vor.

Nach Verlesung weiterer, mit der Materie nicht in Zusammenhang stehender Eingänge, teilt der Präsident die Mandatsniederlegung des Abg. Pfeiffer-Eberbach mit, an dessen Stelle Fortbildungsschulhauptlehrer E. Henrich-Sinsheim als Synodalmittglied (der nat.-soz. Fraktion) eintritt.

Nach den getroffenen Dispositionen des Ältestenrates soll nach der Berichterstattung über die Beratung der Vorlage im Verfassungsausschuß eine Generaldebatte mit höchstens je zwei Fraktionsredner folgen, dann eine Spezialdebatte mit Abstimmung. Der Mittwoch soll einer eventuell nötig werdenden zweiten Lesung vorbehalten bleiben.

Als Berichterstatter des Verfassungsausschusses fungierte Abg. Einwächter (Pol.) Er behandelte nun zunächst eingehend die historische Entwicklung der Rechtsverhältnisse zwischen Staat und Kirche, den Gang der Konfessionsverhandlungen, um dann die einzelnen Konfessionsbestimmungen zu erläutern und die Stellungnahme der einzelnen Fraktionen kundzugeben.

Der Berichterstatter plädiert für die absolute Gleichwertigkeit der beiden Kirchenverträge. Der Verfassungsausschuß empfiehlt die Annahme des Vertrages. Die liberale Gruppe stimmt zu mit Ausnahme des § 2 (politische Klausel), die religiösen Sozialisten lehnen ab. Die Mehrheit des Ausschusses empfiehlt daneben die Annahme der Erklärung der Kirchenregierung bezüglich des als ungenügend angesehenen Einflusses auf die Befolgung der theologischen Lehrsätze an der Universität Heidelberg. Der Ausschluß lehnt daher auch den oben erwähnten liberalen Antrag bezüglich der Fakultät ab, empfiehlt dagegen die Annahme des zweiten liberalen Antrages auf künftiges Festhalten an der Simultanschule.

Abg. Wollhard (Pol.) erklärte in seinen Ausführungen, seine Gruppe habe keinen Fraktionszwang; es handle sich um eine Gewissensentscheidung des Einzelnen. Die Mehrheit der Positiven stimme jedoch zu. Im Vertrag stehe nichts, „was unser Gewissen positiv belasten könnte“.

Auch wenn der Vertrag der Kirche nicht die erwünschten Vorteile bringe, sei es wichtig genug, daß das was bisher an Rechten errungen und vom Staate bisher zugestanden worden ist, hier stabilisiert und gegen Angriffe gesichert wird und nicht durch zufällige Parlamentsmehrheiten aus der Welt geschafft werden könne. An der politischen Klausel brauche man sich auch nicht zu stoßen. „Die politische Klausel (des vorliegenden Vertrages) ist die erträglichste Form, die in solchen Verträgen möglich ist.“

Er sei auch zugestehen, daß die Kirche in finanzieller Hinsicht „freundlich vom Staat behandelt worden ist“. Schwer werde es den Positiven, dem Artikel die evang. theologische Fakultät zuzustimmen, aber andererseits sei zuzugestehen, daß auch in der gegenwärtigen Form ein Fortschritt in der Wahrung der Belange der evang. Kirche garantiert ist. (An Stelle von „anhören“ ist die Fassung „im Benehmen“ festgelegt.) Auch der Abschnitt über den Religionsunterricht erscheint dem Sprecher der Positiven durchaus annehmbar. Es sei auch nichts darin enthalten, was die Freiheiten der Lehrerschaft beeinträchtige. Dieser Redner ist auch der Auffassung, daß die Simultanschule durch den Vertrag nicht gefährdet werde: „Das Vertragswort ist keine Etappe im Kampf gegen die Simultanschule“.

Abg. Wollhard kommt schließlich zu folgendem Gesamturteil: Wenn auch manches Wünschenswerte nicht erfüllt ist, so enthält doch der Vertrag im ganzen Positives und Wertvolles, das der Kirche geboten wird.

Abg. Pfarrer Boges (Nat.Soz.) bedauert, daß die Vorverhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wurden und wendet sich im folgenden gegen die Omnipotenz des Staates, um dann grundsätzliche Ausführungen über das Wesen der Kirche und ihre Stellung zum und im Staate zu machen. Religion ist nicht Privat- sondern Volksache, und die Kirche hat Verpflichtungen gegenüber der Gesamtheit des Volkes (im Gegensatz zu den Sekten). Die Kirche soll bestrebt sein, mit dem Staat in ein neues Verhältnis zu treten und nicht warten, bis sie sich konsolidiert habe. „Die Gelegenheit, die sich nun einmal ergeben hat, lehrt in Zukunft nicht leicht wieder.“

Im Fakultätsartikel sieht der Redner einen „ersten Schritt zur Stärkung des kirchlichen Einflusses“. Der politische Artikel müsse „der Gisthaft ausgegossen werden“. Ohne Einbeziehung des Religionsunterrichtes könnte die Kirche in einen Zustand kommen, der ihr selbst nicht recht sei. Bei Abwägung aller Vor- und Nachteile sei zu sagen: Das Vertragswort ist ein Fortschritt für unsere Kirche, von dem zu hoffen sei, daß daraus Segen für Kirche und Volk erwachse. Der Vertrag sei der „erste Schritt zur Aktivierung der religiösen Kräfte in unserem Volk“ und deshalb sei seine Annahme zu empfehlen.

Abg. Pfarrer Bath (lib.) betont, auch seine Gruppe habe keinen Fraktionszwang, trotzdem herrsche in ihren Reihen „ziemliche Einkimmigkeit“. Es müsse aber doch von liberaler Seite aus festgestellt werden, daß der Vertrag — trotzdem er Vorzüge für die freie Entfaltung des kirchlich-religiösen Lebens enthalte — „nicht aus der selbständigen Eigenart der evangelischen Kirche herausgeleitet“ sei. Man habe eine „äußerlich mechanische Parität“ für zwei grundsätzlich weltensfremde Gebilde schaffen wollen. Als Kernstück des Vertrages sieht der Redner nicht den Religionsunterricht oder die Schule an, sondern die „Selbständigkeit und das Lebensrecht der evangelischen Kirche“. Oft spüre man leider die Nachbarschaft des kath. Konfessions, in Preußen sei es besser gelungen, aus selbständig evangelischem Wesen heraus Vertragspunkte zu regeln.

Bei der Betrachtung der Einzelbestimmungen unterstreicht der Redner bezüglich der Wahl des Kirchenpräsidenten die letztlich freie Entscheidung in der Hand der Kirche. Er hätte gewünscht, daß „die große Zurücksetzung der evangelischen Kirche bei den letzten Dotationsfestsetzungen wieder gut gemacht worden wäre.“ Bezüglich des Fakultätsartikels findet der liberale Sprecher die Wiedererdrückung des vom Ausschusse abgelehnten Antrags im Plenum an. In dem betr. Artikel stehe — sogar auch bezüglich des Leiters des praktischen-theologischen Seminars — etwas „dem Protektantismus u. dem Geiste der Hochschullehrerschaft“. Es stehe auch für die Heidelberger theol. Fakultät eine große Gefahr darin, daß die Autonomie der Fakultät durchbrochen, die Autorität der Fakultät im Gesamtkörper der Universität erschüttert und die Homogenität der deutschen Hochschulen in Frage gestellt wird.

In Sachen des Religionsunterrichts soll an der Gewissensfreiheit der Lehrer nicht gerüttelt werden, gerüttelt werden soll auch nicht an der bad. Simultanschule, „die die Einflussphäre der Kirche auf ihrem Gebiet sicherer stellt als in den meisten Bekenntnisschulen.“ Die Erregung der Lehrerschaft sei verständlich, weil

der Kirchenvertrag „leider in engster Tuchfühlung mit dem Konfessionsrat steht“.

Wenn auch nicht jeder Wunsch der einzelnen Gruppen oder der Kirche selbst erfüllt worden sei — so jaht auch der lib. Sprecher sein Urteil zusammen — so bedeute der Vertrag im Ganzen gesehen doch ein Fortschritt für die Kirche.

Der Sprecher der religiösen Sozialisten Abg. Dr. Dietrich erinnert zunächst daran, daß noch 1927 die Landesynode einstimmig jegliches Konfessionsabgeleht habe, während heute alle Konfessionsparteien mit mehr oder weniger Einschränkungen für den Vertrag einträten. Es gäbe eben keine Parität zum Katholizismus, wer sie dennoch erstrebe, begibt sich „in die Abhängigkeit vom politischen Zentrum.“ Seine Freunde seien aus grundsätzlichen evangelischen Gründen Gegner eines Konfessionsabgeleht und für volle Trennung von Staat und Kirche, auch auf finanziellem Gebiet. Dadurch könne die Kirche innerlich nur gewinnen. Er vermehre sich aber dagegen, daß man den rel. Sozialisten kirchliches Empfinden abspreche.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte, die sich um Weiterberatung oder Vertagung auf Mittwoch drehte, wurde nach 1/8 Uhr beschlossen, nach einstündiger Pause weiterzuberaten, nachdem u. a. Kirchenpräsident D. Wirth erklärt hatte, er sei morgen dienstlich verhindert.

Die Nachsitzung.

Gegen 1/10 Uhr setzte die Synode ihre Beratungen fort. Zunächst sprach Abg. Pfarrer S. Weber-Kreuzburg (pol.).

Der grundsätzliche Meinung ist, daß die Kirche einen solchen Vertrag abschließen kann, ihn aber für ihre Existenz nicht braucht. Redner ist von der Gleichwertigkeit der Verträge nicht überzeugt, die Evangelischen dürften sich nicht zu Bürgern 2. Klasse stampfen lassen, die Imperität in der Dotationsfrage sei noch nicht vergessen, die Ungerechtigkeit in der Besetzung der Professoren- und Direktorenstellen an den höheren Schulen noch nicht beseitigt. Das aus richtigen Gründen über das Wesen der evangelischen Kirche resultierende „Sa“ des liberalen Vertreters zum Vertrag setze den Redner in Erstaunen, ebenso die Zustimmung der Nat.Soz. Im Namen vieler alter und junger Theologen und Laien lehne er den Vertrag ab.

Abg. Pfarrer Köhler-Heinheim (nat.) ist „für ein klares Verhältnis zum Staat“, die Zustimmung erfolge nicht freudig, sondern aus der Not heraus, die sich aus der inneren Zerbrochenheit der Kirche ergebe. Was in Artikel 7 (Wissenschaftl. Ausbildung der Geistlichen bzw. Fakultät) stehe, sei das zu fordernde Minimum. Die Wahrheit des Evangeliums müsse in der Fakultät gewahrt werden. Die autoritäre Kirche müsse ihre Autorität auch nach außen schützen. Wenn das Bekenntnis geschützt werde, könne die Zustimmung erfolgen.

Abg. Pfarrer Spies-Worshelm (lib.) stellt fest, daß die Debatte in der Hauptsache von politisch orientierten Gruppen bestritten werde. Er könne weder den „Polenauens“ des Herrn Dietrich auf die Wartburg“ mitmachen, noch den Argumenten des Herrn Boges und des Vorredners folgen, daß mit dem Vertrag neues Leben in die Kirche einziehe. Die Liberalen stehen dem Vertragswort skeptisch gegenüber.

Abg. Prof. Schüd-Heidelberg (soz.) erhebt die Frage, ob es ratsam sei, in diesem Augenblick das Badische Volk mit dieser religiösen Spannung zu belasten. Aber die katholische Kirche, die überall auf den Abschluß von Konfessionsabgeleht dränge, sei nach der Vorbereitungszeit zum Kampf übergegangen. Und in falsch verstandenem Sinne habe nun auch die evangelische Kirche diese Spur beitreten. Ein Konfessionsabgeleht sei auf der ganzen Linie abzulehnen.

Dann ergriff Kirchenpräsident D. Wirth das Wort: Die Vertragspartner seien auf einander angewiesen. Der Staat könne der sittlichen Kraft der Kirche nicht entziehen, diese nicht des staatlichen Schutzes. Der Redner lehnt zunächst vor der kath. Kirche oder vor einer politischen Macht ab. Bindungen zwischen Staat und Landeskirche seien immer vorhanden gewesen. Gegen Erschütterungen sich zu schützen, habe die Kirche das Recht und die sittliche Pflicht. Die evangelische Kirche sei vom Staat nicht als Bürger 2. Klasse behandelt worden, wenn auch nicht alles Wünschenswerte erreicht worden sei. Die Kirchenregierung habe in langen, mühseligen Verhandlungen die Interessen der Kirche gewahrt, das Erreichbare gesichert. Darum empfehle der Kirchenpräsident, Einzelheiten und Untergeordnetes zurückzustellen und den Vertrag anzunehmen.

Oberkirchenrat Dr. Friedrich, der Rechtsfachverständige der Kirchenregierung, polemisiert gegen den Standpunkt der religiösen Sozialisten in Bezug auf die Trennung von Staat und Kirche; dieser Standpunkt ent spreche aber nicht dem der reformierten Kirche. Diese müßten zu ihr gleichgeordneten Größen in Rechtsbeziehungen treten. Der Vertrag sei ein Bild in die Zukunft, die evang. Kirche siehe hier Schulter an Schulter in einer Front mit Rom in einer Zeit, wo Deutschland Fronten nach Westen und Osten zu bilden habe.

Damit schließt um 1/11 Uhr die Generaldebatte. Es folgt — nach Verlesung des Vertragstextes durch den Präsidenten — die Einzelberatung.

In der zu Artikel 7 der liberalen Abg. Geheimrat D. Bauer-Kreuzburg sprach. Die Fakultät habe der getroffenen Regelung „mit schwerem Herzen und unter dem Zwang der Verhältnisse“ zugestimmt. Sein Fakultätskollege D. Hupfeld (pol.) sieht mit dem Vorredner auch die praktische Theologie als prinzipielle Wissenschaft an.

Die Abstimmung.

Am Mitternacht erfolgte die Abstimmung. Der Kirchenvertrag wurde mit 39 gegen 21 Stimmen genehmigt.

Kohberg (bei Zell i. M.), 22. Nov. (Das gefährliche Flachshaar.) Die 15jährige Tochter der Familie Kiefer wurde, als sie beim Darfe um eine Wegbiegung schritt, aus dem Walde heraus plötzlich durch einen Schuß getroffen. Ein Jäger aus Wehr hatte den Schuß abgefeuert, weil er, wie er sagte, das Flachshaar des Mädchens für einen Hasenpelz gehalten hätte. Von der Schrotladung war dem Mädchen ein Bleikörper in die Stirne und einer in die rechte Hand eingedrungen. Die Bleikörper müssen entfernt werden.

Ernennungen — Versetzungen — Zuruhefetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereiche des Ministeriums der Finanzen. In den Ruhestand treten kraft Gesetzes: Fortschrittsrat Georg Brand beim Hofamt Neudorf, und Hofrat Alexander Rombach in Glöckach.

Geschäftliche Mitteilungen.

Des Rudes Weihnachtsbaum: Eine Puppe! Was könnte man auch einem Rude wohl Schöneres schenken? Die Spielwarenfabrik Carl Guthardt-Krell, Steinach, Thür.-Bad., liefert Buppen seit Jahren in sehr solider Ausführung zu so billigen Preisen, daß auch die kleinen Kleinen diese Freude bereiten können. Lesen Sie auch die beuzige Anzeige hierüber.

Advertisement for Panflavin PASTILLEN. Text: „Hind lüsst Erkältungsmitteln aus: gnfetzt. Bistum. Bistum. Bistum. Bistum.“ Includes Bayer logo.

### Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 23. November 1932.

## Ein neuer Gewinnplan für die Winterhilfe-Lotterie.

Mit Genehmigung des Ministeriums des Innern hat die Karlsruher Winterhilfslotterie mit sofortiger Wirkung einen neuen, stark verbesserten Gewinnplan den noch zu spielenden Serien zugrunde gelegt. Während bisher in jeder Serie nur der Hauptgewinn von 500 RM., die Prämie von 100 RM. und ein Gewinn von 50 RM. als sogenannte größere Gewinne bezeichnet werden konnten, sind jetzt zwei weitere Hauptgewinne eingefügt worden, und zwar ein neuer Hauptgewinn von 100 RM. und ein neuer Gewinn von 50 RM. Wer also in Zukunft den ersten Hauptgewinn von 500 RM. nicht erhält — und auf diesen spekuliert ja wohl jeder in erster Linie — hat wenigstens noch den Trost, entweder den zweiten Hauptgewinn von 100 RM. oder die Prämie von 100 RM. zu gewinnen, und wenn auch das vorbeigefahren sollte, kann immer noch hoffen, einen der beiden nachfolgenden Gewinne von 50 RM. zu bekommen. Wer auch hier leer ausgeht, kann nach wie vor einen der zahlreichen kleineren Gewinne erhalten, das heißt, wenn er eine glückliche Hand hat. Und das alles für 50 Pf.

Es ist zu hoffen, daß die Gewinnplanverbesserung einen starken Anreiz auf die Spieler ausübt. Dies ist umso mehr zu wünschen, als der gesamte Ertrag der Winterhilfslotterie unseren notleidenden Mitbürgern zugute kommt.

## Die Verkehrssicherheit bei der Reichsbahn.

Die Reichsbahn-Gesellschaft ist ständig bemüht, die Verkehrssicherheit auf der Eisenbahn zu erhöhen. Außer durch technische Verbesserungen sucht sie die Voraussetzungen hierfür auch durch bessere Ausbildung ihres Personals zu schaffen. Früher wurden die Dienstleistungen des Eisenbahnwesens einer theoretischen Ausbildung in sogenannten Instruktionstagen der Dienststellenleiter in praktischer Hinsicht nur bei den verschiedenen Dienststellen nach den für jede Laufbahn festgelegten Plänen ausgebildet. Da dies bei den gesteigerten Anforderungen des Verkehrs als ungenügend empfunden wurde, hat die Reichsbahn-Gesellschaft zur Schulung ihres Personals und zur Verhütung von Verkehrsunfällen drei Zentralschulen eingerichtet, und zwar in Brandenburg-West, in Hanau und in Kreimann bei München. Neben den Lehr-, Zeichen- und Übungsplätzen enthalten die Schulen alle Einrichtungen der Eisenbahn, die für die praktische Ausbildung der Eisenbahnbediensteten in Frage kommen.

## Denk an Eulalia!

Gastspiel Schmitz-Weißweiler im Colosseum.

Denk an Eulalia! ist das Schreckenswort, mit dem Frau Carolina Habelmann ihren etwas lebenslustig veranlagten Ehegatten Anton seit rund 25 Jahren im Zaume hält. Eine mysteriöse Eulalia soll sich nämlich jederzeit aus Gram über die amouröse Wetterwendigkeit ihres Herzensstrebendes Anton selbst zum Leben zum Tode befördert haben, eine allerdings nur schlecht fundierte Schauerermählung, denn Eulalia taucht im Schluß des letzten Aktes springend wieder auf und gibt damit den Schlüssel zur Lösung all der vielen Verwicklungen und dramatischen Situationen, die ihren Mittelpunkt in der Furcht vor der immer wiederkehrenden Mahnung „Denk an Eulalia!“ haben. Unter den Einfluß dieser Furcht fällt auch die Tatsache, daß Habelmann seit mehr als zwanzig Jahren seiner Frau den allwöchentlichen Stammtisch verheimlicht unter der Vorgabe, er ginge in die „Loge“, in der er es sogar schon zum „Meister vom Stuhl“ gebracht haben will, fallen ferner die uralten Szenen mit seinem Schwiegersohn Hermann Brückner, der ebenfalls nur ein „nachgemachter“ Logenbruder ist, und fallen schließlich und endlich die zum Abschlagen heftiger Verwicklungen, die sich aus dem Austausch einer männlichen Pseudo-Loft. Eulalias ergeben, welche Habelmann Papa nennt und schließlich seine Nichte heiratet. Klarer läßt sich die Handlung nicht schildern, denn sie birgt ein solches Abenteuer durcheinandergehender Fäden, daß es kaum möglich ist, sie in einigen Sätzen zu entwickeln. Tatsache aber ist, daß das Publikum, das sich im Colosseum diesen seit dem 21. November auf dem Spielplan stehenden Schwanz mit Behagen ansieht, fast Laßtämpe bekommt und dementsprechend auch mit lebhaftem Beifall nicht zart. Den Löwenanteil dieses Beifalles können naturgemäß wieder die Herren Josef Weißweiler (Habelmann) und Carl Schmitz (Hermann Brückner) für sich in Anspruch nehmen, doch sind auch die Damen Maria Schmitz (Caroline) Billa Weißweiler (Dienstmädchen Barbara) Olga Bader (Lulu), Annie Behrens (Habelmanns Nichte), Minni Erdmann (Frau Brückner) und Elly Morina (Eulalia) berechtigt, erhebliche daran zu partizipieren. Die übrigen Mitwirkenden Hans Thijssen (Agent Fischer), Ernst Land (Wammelberger), O. C. Steinhilber (Gutsbesitzer Segnit) und Otto Kriesche (Architekt Bildner) schliessen sich würdig an. Erzieulicherweise kann gesagt werden, daß auch die Nebenrollen ohne Ausnahme recht gute Besetzung gefunden haben. Daß der köstliche Kölner Dialekt, den insbesondere die Direktoren Schmitz und Weißweiler in gerabegu unübertrefflicher Weise meistern, viel zu dem durchschlagenden Erfolge beiträgt, ist selbstverständlich.

Seinen 65. Geburtstag feiert am 23. November ein in Karlsruhe bekannter Bützer, Herr Peter Bier, Obergerichtsvollzieher a. D. Herr Bier kann auf ein arbeitsreiches und pflichttreues Leben zurückblicken.

Fünfzig-Jahre-Feier ehemal. Schulkameraden. Die an Ostern 1897 aus der Leopoldschule entlassenen Schüler der damaligen beiden achten Klassen — Jahrgang 1882/83 — vereinigten sich am 19. November im Gasthaus „zum Trompeter von Säckingen“, um im Kreise lieber alter Schulkameraden eine Fünfzig-Jahre-Feier gemeinsam zu begehen. Am das Zustandekommen dieser Feier haben sich verschiedene Herren bemüht und die Feier so vortrefflich organisiert, daß sie einen glänzenden Verlauf nahm. Bei einem gemeinsamen Abendessen begrüßte Hauptlehrer Brückle die lieben alten, von nah und fern herbeigeeilten Freunde auf das herzlichste und erweckte alte Erinnerungen aus der gemeinsamen Schulkzeit. Während des Abends wurde in ehrender Weise auch der bereits verstorbenen und während des Weltkrieges auf dem Felde der Ehre gefallenen Kameraden gedacht. Bei den flotten Wesssen einer kleinen Hauskapelle und den hervorragenden humoristischen Darbietungen von Franz Gundlach übertrugen die Stunden nur viel zu schnell. Die Feier fand dann ihren Abschluß durch einen gemeinsamen Familienaustausch nach Speßart, wo am Sonntag im Saale des Gasthauses „zum Strauß“ eine stattliche Zahl der alten Schulkameraden mit ihren Familienangehörigen sich eingefunden hatten. Auch hier wurden die wenigen Stunden durch die vortrefflichen Darbietungen von Gundlach ausgefüllt. So nahm diese Fünfzig-Jahre-Feier in allen Teilen einen würdigen und schönen Verlauf.

(1) Das Eisenbahnministerium im Bundesrat. Am Donnerstag, den 24. November findet das bekannte Eisenbahnministerium mit der Familienfrau Mathilde Frey-Moth das Klavierkonzert von Cesar Brand. Die Sendung beginnt um 10. und endet um 10.40 Uhr.

# Stillegung von Kraftwagen.

Was Verkehrsteilnehmer wird uns geschrieben:  
In der Sonntagsnummer vom 20. Nov. wird von einem Fachmann empfohlen, die Autos während der Wintermonate nicht abzumelden. Es wird schon vorgerechnet, wie viel man sogar draufzahlen, wenn man das tue.

Als Fahrzeughalter schreibe ich mir alle Ausgaben, die ich für mein Fahrzeug mache, länderlich auf, und unter Berücksichtigung der festen Kosten für Abschreibung, Verzinsung, Steuer, Versicherung u. a., sowie der beweglichen Kosten für Brennstoff, Öl, Vereisung u. a. kann ich mir die Betriebskosten für je einen Kilometer ganz genau selber ausrechnen. Für einen Kleinwagen komme ich dabei auf 15 bis 25 Pfennige für einen Kilometer. Wers nicht glaubt, der prüfe nach, oder lasse es sich errechnen.

Das Ablassen von Öl und Kühlwasser ist in 5 Minuten getan und der Batterie schadet es nicht, wenn sie einmal herausgenommen, gereinigt und außerhalb des Wagens sorgsam geladen wird. Ueberhaupt könnte der ganze Wagen im Winter überholt werden. Nun die Reifen. Daß diese am aufgebohten Wagen wesentlich leiden, wenn sie ordentlich aufgepumpt gehalten werden und der Einstrahlraum nicht zu kalt wird, stimmt nicht. Daß aber hartgeprezte Straßen, Schnee und Schneemasse und nicht zuletzt Schneeketten Reifenmörder sind, weiß jeder Fahrer.

bleibt noch der herrliche Wintertag, der ins Freie lockt. Im Winter springt der Motor schlecht an und der jetzt vorgeschriebene Spritzschlauch macht die Sache nicht besser. Wenn's also morgens presst und ich muß das am Abend vorher abgelassene Kühlwasser frisch nachfüllen und der kalte Motor will nicht anspringen, dann ist der Verleger groß. Fahre ich schließlich mit Vollgas gleich los, um die verdirbete Zeit einzubringen, so ist manchmal das Malheur schon da, weil der Motor infolge des verdickten, kalten Schmieröles heißläuft.

Dann kommt die angelaufene oder verschneite oder vereiste Windschutzscheibe, moegen der Scheibenwischer oft vergeblich angeht. Früh bricht die Dunkelheit herein und nicht jedermanns Sache ist es, bei Nacht frierend mit Anspannung aller Sinne auf vereisten Straßen zu fahren. Und im Wagen, auch in der Limusine frieret man, die im Fond jedenfalls sicher. Wenns dann matscht und quatscht, tuts mir um meinen Wagen leid, vom öfteren Reinigen lassen abgesehen.

Also: Die Einsteil-Psychose ist nicht so ganz unbegründet. Jeder sehe, wie ers treibe.

Aber einen anderen Tip will ich geben. Der Staat soll die Steuern lenken, zumindest im Winter, aber er soll die Steuerfreiheit der jetzt Steuerfreien ausheben. Abgesehen davon, daß der Motorkonstrukteur durch die Steuerfreien 200 ccm Hubraum auf unsolider Grundlage konstruieren muß, ist diese Steuerfreiheit nicht am Platz.

Wenn Du dir, lieber Leser, eine ältere 250 ccm Maschine, die 75 Kg. wiegt und 60 Km. läuft, kaufst, mußt Du Steuer zahlen und einen Führerschein haben; wenn Du aber eine 200 ccm Maschine, die 3 Zentner wiegt und 105 Km. läuft, fahren willst, brauchst Du beides nicht. Sogar 3 Rad-Wagen kannst Du so fahren.

Solche Befehle verdrängen die schwereren und verkehrsicheren Motorräder, nicht zum Nutzen der Fahrzeugfabriken. Viefach werden sie von jungen Leuten gefahren, ohne Verantwortungsgefühl, fast nie gegen Haftpflicht versichert, kaum mit dem Fahrzeug hinreichend vertraut, so daß sie die meisten Verkehrsunfälle verschulden. Ein Statistiker der Unfälle, hervorgerufen durch die Steuer- und Führerscheinfreiheit, würde sehr überzeugend wirken.

Darum: Senkung der Steuer, Aufhebung der Steuerfreiheit, Versicherungs- und Führerscheinszwang. Vielleicht die Bestimmung, daß erst der 20jährige ein Kraftfahrzeug führen darf.

## Bridge-Turnier in Karlsruhe.

In den gemüthlichen, schönen Räumen des Schloßhotels in Karlsruhe fand unter reger Beteiligung internationaler Spieler das Herbst-Bridgeturnier unter der Leitung von Frau Ilse Fejn-Baden-Baden statt. Das Turnier nahm einen interessanten und harmonischen Verlauf. Sieger auf Ost-West: 1. Preis: Freitrau v. Pagenhard, Freiherr v. Egloffstein Baden-Baden. 2. Preis: Oberleutnant Quassowski, Herr Fejn, Baden-Baden. 3. Preis: Herr Crozza und Herr Bonhoté, Heidelberg.

Sieger auf Nord-Süd: 1. Preis: Herr Sugar, Herr Tausig, Karlsruhe. 2. Preis: Herr Eilinger, Herr Eiliger, Karlsruhe. 3. Preis: Herr Meier, Heidelberg mit Partner.

## Aus dem Karlsruher Gerichtssaal.

Gefängnis für eine anonyme Briefschreiberin.

Wegen Beleidigung und übler Nachrede stand die Frau des ehemaligen Postkassens C. vor dem Einzelrichter. Es wird ihr zur Last gelegt, an die Staatsanwaltschaft ein mit „ein Hausbewohner“ unterschriebenes anonymes Schreiben geschickt zu haben, in welchem sie eine Hausbewohnerin schwerer Vergehen verdächtige. Für die in dem Schreiben aufgestellten Behauptungen gegenüber mehreren Hausbewohnern ergab sich nicht die Spur eines Beweises. Bezeichnen dermelle ludte die Angeklagte, die leugnete, den Brief geschrieben zu haben, den Wahrheitsbeweis für die Verdächtigungen zu erbringen. Die Angeklagte erhielt zur Warnung und Abschreckung für anonyme Briefschreiber einen Monat Gefängnis.

Diebstahl aus Liebe zur Arbeit.

Der 23 Jahre alte bisher unbestrafte Schreiner Alfred A., der sich vor dem Einzelrichter wegen Diebstahls zu verantworten hatte, hatte in der Nacht vom 24. auf 25. Oktober in der Hanjaitraße aus dem Holzlager der Firma Frick's Söhne fünf Holzbohlen im Wert von 10 Mark und weitere drei Dielen im Wert von 8 Mark entwendet. Er legt ein reuenvolles Geständnis ab und bittet, den Diebstahl nicht aus materiellen Motiven begangen zu haben. Er hat zwei Jahre erwerbslos, und um sich beruflich als Schreiner betätigen zu können, habe er die Dielen entwendet. Den Leuten, bei denen er wohnte, fertigte er damit Möbel an. Das Gericht berücksichtigte als Milderungsgrund, daß der Angeklagte aus heimatlichen Motiven — um arbeiten zu können — die Tat beging und erkannte auf die Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis. Vier Wochen Untersuchungshaft wurden angerechnet und für den Rest der Strafstrafshaft auf Wohlverhalten gemährt.

Blumendiebstahl auf dem Friedhof.

Der 18 Jahre alte Gärtner Wilhelm S. von hier war im Friedhof eingekerkert und hatte von einem Grabe 25 Geranien entwendet und einem Gärtner zum Kauf angeboten. Dieser witterte die unrette Herkunft und benachrichtigte die Polizei, die den jungen Mann festnahm. Wegen Diebstahl wurde er vom Einzelrichter zu drei Monaten Gefängnis abzüglich drei Wochen Untersuchungshaft verurteilt.

Unterdrückte Postgelder.

Wegen Amtsunterschlagung und Briefunterdrückung stand die 44 Jahre alte Gastwirtschefrau Karolina W. aus Speßart vor dem Schöffengericht. Die Angeklagte hatte in Speßart als verpfllichtete Vertreterin des Postnebenstelleninhabers am 1. Oktober d. J. 1000 M., die ihr versehentlich dupliert vom Postamt Etlingen überwiesen worden waren — es handelte sich um Gelder zur Auszahlung von Renten — für sich behalten und zur Bezahlung von Schulden verwendet. Des weiteren hat sie von Frühjahr bis Anfang Oktober 1932 wiederholt Postanweisungen und Zahlarten, die Donnerstags oder Freitags einbezahlt wurden, zurückgehalten und die Beträge zur Bezahlung von Bierrechnungen verwendet. Das Gericht verurteilte die Angeklagte wegen Amtsunterschlagung in zwei Fällen, sowie wegen Briefunterdrückung zu fünf Monaten Gefängnis.

## Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Todesfälle. 21. Nov.: Rosa Strickfaden, Schreinere-Gesellin, 47 Jahre alt; Marie Schmid, Landwirtsch-Witwe, 88 Jahre alt; Julie Schöder, Kaufmanns-Gesellin, 39 Jahre alt; Anna Kühlenbal, Dienr, 83 Jahre alt. 22. Nov.: Gentilite Olga Buzireu, 64 Jahre alt; Anna Doerrich, Elektroledn-Gesellin, 62 Jahre alt.

## Bad. Lichtspiele und Notgemeinschaft.

Die Badischen Lichtspiele teilen uns weiter mit, daß sie wieder von Stadt und Staat finanzielle Unterstützung erhalten haben. Sie bedauern sehr, daß diese seit Jahren ausgeblieben ist, obwohl die Badischen Lichtspiele sie mehr wie notwendig hätten, um die Kulturarbeit im Lande Baden noch besser ausführen zu können. Trotz des Ausbleibens der Zuschüsse fährt das Auto der Badischen Lichtspiele mit ihren Beauftragten noch täglich von Dorf zu Dorf, von Schule zu Schule, um die Unterrichtsanstalten des Landes Baden in der Notzeit mit Lehrfilmdarstellungen zu unterstützen.

## „Ein Reicher Mann“.

Ein neuer Tonfilm im Uniontheater.

Wer wollte nicht einmal ein Reicher Mann sein? Vielleicht nur auf kurze Zeit, durch reinen Zufall, und dann sein Glück machen? Curt Bois spielt einen solchen im gleichnamigen Tonfilm, er spielt ihn, singt ihn, tanzt ihn mit viel Humor und zeigt sich allen Situationen gewachsen, zumal er auch eine vorzügliche Partnerin in der reizenden Dollie Haas hat. Zunächst ist er kleiner Angestellter in einem Juwelergeschäft und hat wenig Glück, dann kommt unvermittelt der große Tag, er soll einen riesigen großen Diamanten aus der Fassung nehmen und ihn durch eine Imitation ersetzen. Während der Arbeit verschwindet der Stein, und alle glauben, daß er ihn verschluckt habe. Eine sofortige Operation ist nicht möglich, da er unterernährt ist, und so beginnt nun für ihn ein herrliches Leben, er wird zur Sensation des Tages, die Besitzerin des verlorenen Diamanten nimmt ihn auf. Er wird natürlich von einem Detektiv bewacht. Es ergeben sich die dröggsten Situationen, die reizendsten Einfälle flattern ihm entgegen, er kann tun und lassen, was er will, kann zu Hause Schind-Schind spielen, tanzen, singen und die Leute auf seine an sich harmlose Art ärgern. Den Höhepunkt erreicht er auf einem Ball mit verlogenen Spiegelbildern. Natürlich wird er auch noch entführt, die Polizei jagt hinter ihm und seinen Entführern her, aber das alles wendet sich einem guten Ausgang zu, denn der Brillant wird gefunden und zum Schluß feiert man Verlobung.

Dieser neue Tonfilm hat ein flottes Tempo, die Bilder sind knapp gefaßt, die Situationen voll ausgenutzt. Er ist heiter, man kann herzlich über ihn lachen, besonders die Szenen vor den Spiegelbildern sind feine, groteske Aufnahmen, die ihre durchschlagende Wirkung nicht verhehlen werden.

Im zweiten Film stellt sich einer der bekanntesten amerikanischen Filmschauspieler vor, Tom Mix, das ist nun sehr spannend und recht abenteuerlich. Es geht gegen alle Vogelgreter und Banditen, die im Westen Amerikas ihr Unwesen treiben, die Eisenbahngänge und Postkutschen aufhalten und berauben. Tom Mix rechnet mit ihnen ab. Er bewährt sich dabei als fabelhafter Reiter und zeigt sich daneben als Boxer, Meisterkämpfer und Laffowler. Tom Mix ist ein ruhiger Schauspieler mit außerordentlichem Temperament. Sein Film „Tom Mix rechnet ab“ ist für das Programm des Uniontheaters, für den heiteren Tonfilm „Ein Reicher Mann“ und für die interessante Wochenchau ein wirkungsvolles Gegenstück.

## Voranzeigen der Veranstalter.

Drei Sensationen auf einmal heißt das Motto des großen heiteren Abends der Sonntag, den 4. Dezember, in der Stadthalle Karlsruhe. Es ist damit nicht unrichtig gesagt, daß es doch möglich ist, die Weiter der Gele Dajos Beta mit seinen Jazz-Ensembles, die beiden Wienerinnen Lila und Emma Schwarz, die mit ihren Karabatscher erobert, außerdem die 5 Songs, genannt die deutschen Revolver, für diesen Abend nach Karlsruhe zu bringen. Hiermit ist jedoch das Programm noch nicht erschöpft, denn Willy Reichert, der beim letzten Gastspiel vom Karlsruher Publikum herzlich gelehrt wurde, hat seine Mitwirkung als Conférencier zugesagt. Gerda Danzi und Hans Danz werden die Zuschauer durch Vorträge erfreuen. Rundfunkübertragungen halbe Preise. Der Vorverkauf hat begonnen bei Fritz Müller, Karlsruhe, Kaiserstraße 96.

Pat und Batodon besichtigen die Stadt. Heute Mittwoch nachmittag von 1-3 Uhr, besichtigen Pat und Batodon vom Kabarett Roland in einer Rundfahrt die Stadt. Abfahrt punkt 1 Uhr am Kabarett Roland, Endpunkt Barenhaus Platz.

## Soll man graue Haare färben?

Früher war dem Uebel graue Haare nur mit Färben beizukommen. Seit uns aber eine langjährige kosmetische Forschung „Lantata“ brachte, steht die natürliche Haarfarbe ohne Härten wieder neu. Und färbt die Haare auf den kleinsten und stärksten oder sonstigen Schädigungen des Kopfes und ist nicht mehr zu befürchten. Gleichzeitige befeuchtende „Lantata“ Schuppen und Seborrhoe und erhöht das Wachstum der Haare. Die Haare werden mit wunderbarem Glanz und Juwendlichkeit erstrahlen werden. (Näheres Ansehen).

Beim Nachfüllen von **MAGGI** Würze verlangen Sie von Ihrem Händler auch

**MAGGI**  
Gutscheine!

Auch auf andere MAGGI-Erzeugnisse, wie MAGGI-Suppen und MAGGI-Fleischbrühwürfel, gibt es Gutscheine



